



Begünstigen zu viele Tage in der Krippe ADHS bei Kindern?

Seite 49



Bio-Hühner haben ein Öko-Problem

Seite 15



Vier-Sterne-Häuser der Schweiz im grossen Hotel-Rating 2022

Magazin

NZZ am Sonntag

17. April 2022 | Nr. 16 | Fr. 6.80 | € 6.80

Putin-Versteher unterlaufen Bewegung für den Frieden

Der Kriegspatier die Schweizer Friedensbewegung. Vor dem Ostermarsch gibt es Streit, weil gewisse Organisatoren die russische Aggression nicht bezeichnen wollen.

Mirko Plüss

Zahlreiche Friedensaktivisten aus linken, grünen und kirchlichen Kreisen werden am Montag am Ostermarsch in Bern erwartet. Dieses Jahr steht die Friedenskundgebung im Zeichen des Ukraine-Kriegs – und dieser bringt Konfliktpotenzial für die Friedensbewegung. So ist es innerhalb der Trägerschaft eine Organisation auf harschen Widerstand, welche die Ukraine eine Mitschuld am Angriffskrieg gibt und statt Russland die Rolle der USA und der Nato kritisiert.

Wegen der Haltung dieser und weiterer Organisationen kam es im Vorfeld des Ostermarsches zu Unstimmigkeiten. Dabei ging es explizit um Teilnehmer, welche die russische Aggression nicht klar bezeichnen wollen und die sich gegen wirtschaftliche Sanktionen aussprechen. Dies bestä-

tigt die Gruppe für eine Schweiz ohne Armees GSOA, die bei der Durchführung des Ostermarsches federführend ist. Die Konflikte unter den Teilnehmern hätten mit der grossen Diversität der mitlaufenden Organisationen zu tun, betont es bei einer der Gruppen. Zu verschiedenen seien die Hintergründe der einzelnen Organisationen und die sicherheitspolitischen Einschätzungen.

Ein weiterer Konflikt zeigt sich in Bezug auf die Frage der Waffenlieferungen. Zu diesem Thema ist in der GSOA eine Kontroverse entbrannt. Angesichts des brutalen Angriffs durch das russische Militär macht sich eine Faktion für Waffenlieferungen aus dem Westen stark, andere GSOA-Mitglieder schliessen dies aus. Der langjährige Friedensaktivist Jo Lang sagt, der Ukraine-Krieg sei inhaltlich eine grosse Herausforderung für die Friedensbewegung. «Internationale Diskussionen mit einer praktischen Bedeutung und mit dieser Dringlichkeit geführt wurden, passiert das keine Mal während des Holocausts».

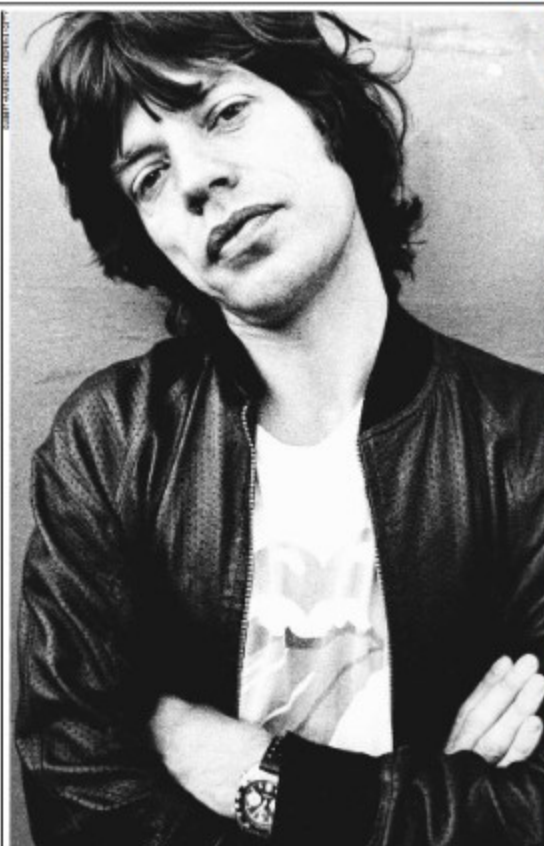
Seite 11

ANZEIGEN



„Inflation ist so gefährlich, weil das einzelne Individuum den Folgen schutzlos ausgeliefert ist – wie bei einer Naturkatastrophe.“

Der Schweizer Ökonom Thomas Straubhaar über die sozialen Folgen der Inflation und ein nötiges Umdenken des Marktes. Seite 27



Was für ein Leben!

«Ich habe Mick Jagger für Sie in der Leitung. Ich verbinde.» Ein Gespräch mit dem 78-jährigen Frontmann der Rolling Stones über Wendepunkte, den Wert von Fretzett und den perfekten Song. Was macht die Band aus, die seit 60 Jahren auf der Bühne – bald wieder in Bern – zu sehen ist?

Seite 55

Wirtschaft möchte Subventionen für AKW

Economiesuisse befürchtet eine Stromlücke. Darum soll Atomstrom notfalls mit Staatsgeld gefördert werden. Andrea Küera

Der Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder will verhindern, dass nach Müllberg ein zweites AKW aus wirtschaftlichen Gründen vom Netz geht: «Es darf künftig nicht mehr möglich sein, dass eine Betreibergesellschaft einen einseitigen Entscheid über die Abschaltung seines Kernkraftwerks fällt und den Anpreis der Landesversorgung ausser Acht lässt», sagt Mäder. Falls nötig, solle die Laufzeit der vier verbleibenden AKW mit staatlicher Unterstützung verlängert werden, fordert er. «Wenn so ermöglicht wird, dass ein bestehendes Kraftwerk weitere Jahre Strom liefert, und dies für eine sichere Landesversorgung unerlässlich ist, dann soll sich der Betreiber für staatliche Fördergelder bewerben können.» Der brennende Plan liege mit der heutigen Praxis.

Seite 12

Flüchtlings-Drama an EU-Grenze

Die Menschenrechtslage an der türkisch griechischen Grenze verschlechtert sich. Laut der Organisation Border Violence Monitoring Network erleben dort viele Flüchtlinge Gewalt durch Grenzschützer. Im Fokus stehen Mäskerte mit Uniformen ohne Logo. Menschenrechtler warnen lokale griechische Beamte. Das Drama passiert unter den Augen der europäischen Grenzschützer von Frontex, sagt Nationalrat Pierre-Alain Föllmer (SP), der für den Europarat die Lage untersucht. «Es ist unmöglich, die Grenzen zu kontrollieren, wie Frontex das tut, und nicht zu sehen, was vor sich geht.» Dem widerspricht das Bundesamt für Zoll und Grenzschutz: Man wisse von keinen Pushbacks. (ak/ber.)

Seite 20–22